

## Anhörung zum Gelände ehemalige "Prinz-Albrecht-Straße"

Anfang Juni hat eine Kommission eine Anhörung zum weiteren Umgang mit dem Gelände an der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße durchgeführt. Die Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten (Europa-Center, 1000 Berlin 30) hat zugesagt ein umfassendes Protokoll fertig zu stellen, daß ich dort zu beziehen bitte.

Im Folgenden ist die kurze Presseerklärung der Kommission vom 2. Juni und ein Artikel aus der TAZ vom 5. Juni abgedruckt

### Presseerklärung

Die im Auftrag des Abgeordnetenhauses von der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten eingesetzte Fachkommission, die Vorschläge für die künftige Nutzung des "Prinz-Albrecht-Geländes" ("Gestapo-Geländes") erarbeiten soll, hat in zwei ganztägigen Gesprächsrunden am 1. und 2. Juni Stellungnahmen von rund 15 Organisationen und verschiedenen Initiativen angehört. Die Liste der Eingeladenen reichte vom Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Zentralrat Deutscher Sinti

und Roma über den Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin und die VVN bis zur Akademie der Künste und dem Verein Aktives Museum e.V.. Die Beratungen werden mit weiteren Experten aus der Bundesrepublik und Vertretern ausländischer Organisationen fortgesetzt.

Einigkeit bestand hinsichtlich der Einmaligkeit dieses Geländes als eines Ortes der Täter. Hier wurden die Verbrechen, mit denen die Nationalsozialisten Europa überzogen, gedacht, geplant und bürokratisch organisiert. Im Mittelpunkt stand die Debatte über das Verhältnis von Gedenken und Lernen, das sich am Ort der Täter anders stellt als in den bestehenden Gedenkstätten für die Opfer. Es bestand weitgehend Übereinstimmung darüber, die erhaltenen Spuren zu sichern, die noch lebenden Zeitzeugen zu befragen, den Platz für alle Verfolgtengruppen offen zu halten, keine monumentalen Denkmalslösungen anzustreben und eine Dauer-Einrichtung der Dokumentation und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu schaffen, die zu humanem Handeln in der Gegenwart führt.

# Kein monumentales Denkmal

*Die Anhörung zum »Gestapo-Gelände« brachte Absage an Ideen der »Perspektive Berlin« / Die Gedenkstätte soll offen für alle Verfolgtengruppen sein*

Mit einer deutlichen Absage an Vorstellungen der »Perspektive Berlin« endete eine Anhörung zur künftigen Nutzung des »Gestapo-Geländes« neben dem Martin-Gropius-Bau. Wie Kultursenatorin Martiny (SPD) jetzt mitteilte, bestand »weitgehend Übereinstimmung«, den Standort des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes »für alle Verfolgtengruppen offen zu halten« und »keine monumentalen Denkmalslösungen anzustreben«. Die im Auftrag des Abgeordnetenhauses noch von Ex-Kultursenator Hassemer (CDU) eingesetzte Fachkommission hatte in zwei ganztägigen Gesprächsrunden am Donnerstag und Freitag Stellungnahmen von rund 15 Organisationen und verschiedenen Initiativen angehört.

Die Liste der Eingeladenen reichte vom Zentralrat der Juden in

Deutschland und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma über den Bund der Verfolgten des Naziregimes und die VVN bis zur Akademie der Künste und dem Verein aktives Museum. Unter den Angehörten habe es »Einigkeit« gegeben, daß es sich hier um einen »Ort der Täter« handle; darin liege die »Einmaligkeit des Geländes«, hieß es in einer Mitteilung. Aus diesem Grund, so der Leiter der Fachkommission, der TU-Professor Reinhard Rürup, müsse eine Gedenkstätte an dieser Stelle »die Aufklärung über das nationalsozialistische System« in den Mittelpunkt stellen und den »bürokratischen Charakter des Mordens und Verfolgens« hervorheben.

Im Gegensatz zu früheren Diskussionen, habe sich nun der Gedanke herauskristallisiert, aufbau-

end auf der »Topographie des Terrors« lediglich eine kleinere Dokumentation zu schaffen, erläuterte der TU-Zeithistoriker. Ein bis zwei Ausstellungen zu wechselnden Themen könnten die Gedenkstätte ergänzen. Ob die Fachkommission jedoch, wie geplant, bis November ein Ergebnis vorlegen werde, ließ Rürup gestern offen. »Zweifelloso« habe die Kommission eine »schwierige Aufgabe«, nicht zuletzt wegen »unterschiedlicher Interessen« der verschiedenen Gruppen.

So gab es, wie mehrfach berichtet, in jüngster Zeit Streit zwischen dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und der SPD-nahen »Perspektive Berlin« über die künftige Nutzung des Geländes. Die »Perspektive« fordert ein zentrales Holocaust-Mahnmal, das sich allein auf

den Völkermord an den Juden beziehen soll. Rürup bestätigte, daß man das Ergebnis der Anhörung als Absage an diese Forderungen sehen könne. Aufgrund von »Mißverständnissen«, so Rürup, sei der Verein auf der Anhörung nicht vertreten gewesen.

In einem Brief an Kultursenatorin Martiny bedauert die »Perspektive« jetzt diese »Panne«. Die Kultursenatorin Martiny habe kürzlich mündlich mitgeteilt, der Termin sei verschoben worden, begründete »Perspektive«-Geschäftsführer Jakob Schulze-Rohr gestern das Fernbleiben seiner Initiative. Er fordert nun eine »rechtzeitige Einladung zur nächsten Sitzung der Kommission«. Rürup wies diesen Wunsch gestern zurück: Dafür gebe es »zunächst keinen Grund«. hmt